

## Weiterer Versuch der Verfassungsreform

Der Oberste Gerichtshof hat mit acht zu sieben Stimmen den Versuch, die Verfassung durch die vermeintliche »Volksinitiative« zu ändern, für unrechtmäßig erklärt. Der Volksinitiative Sigaw ng Bayan wurde vorgeworfen, von der Regierung initiiert worden und mit mangelhafter Transparenz, Konsultation und unter falschen Angaben 6,3 Millionen Unterschriften für die Einführung eines parlamentarischen Systems gesammelt zu haben. Präsidentin Arroyo ist bemüht, Kongress und den von der Opposition dominierten Senat in einem Parlament zusammenzuführen. Dies würde ihr ermöglichen bis 2010 als Regierungschefin im Amt zu bleiben und die Senats- und Kongresswahlen 2007 abzuschaffen.

In einer neuen Initiative sollen die Verfassungsänderungen über eine konstitutive Versammlung aus Kongress- und Senatsabgeordneten durchgesetzt werden. Diese Initiative wird u.a. von Präsidentin Arroyo, dem Sprecher des Abgeordnetenhauses Jose de Venezia sowie dem ehemaligen Präsidenten Fidel Ramos unterstützt. Die katholische Bischofskonferenz CBCP wirft der Initiative vor, dass sie in erster Linie Fragen an die Legitimität der Präsidentin in Folge einer Reihe politischer Skandale unterbinden und Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin ausweichen soll. Sie soll bereits am 6.12. vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Zwar spricht sich die CBCP nicht grundsätzlich gegen eine Verfassungsreform aus, diese sollte jedoch nach den Kongress- und Senatswahlen im Mai 2007 verfolgt werden.

vgl. PDI 25.10., PDI 23.11., PDI 25.11.

## Skandal bei Prüfungen zur Krankenschwester erreicht große Ausmaße

Bei den Krankenpflegeprüfungen im Juni ist es zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Das nationale Untersuchungsbüro (NBI) reichte eine Klage gegen insgesamt 17 Beamte von drei Nursing Review Center ein, die in einen Skandal bei den Prüfungen zur Krankenschwester/pfleger verwickelt waren.

Gegen die Beamten, die die Prüfungskandidaten auf ihr Examen vorbereiteten, liegen ausreichend Beweise vor, die ihre Praktiken in Frage stellen. Demnach gelangten im Vorfeld der Prüfungen Fragenmanuskripte an die Schüler. Die Nursing Review Center verlangen von den teilnehmenden Schülern eine Gebühr von bis zu 40.000 Pesos. Ihnen wird vorgeworfen, mit Tipps für die Prüfungen Teilnehmer für ihre Vorbereitungskurse zu gewinnen.

Wie bekannt wurde, beschränkten sich die Unregelmäßigkeiten nicht allein auf Luzon, sondern erfassten landesweite Teile, so auch Visayas und Mindanao.

Durch diese Unregelmäßigkeiten ist die Integrität und Glaubwürdigkeit des *nursing licensure examination* (NLE) stark geschädigt worden.

Für die Absolventen des Exams hat eine fast viermonatige Leidenszeit mittlerweile ein Ende: Voller Freude leisteten sie zu Tausenden in Gruppen ihren Eid ab. Ihre zwischenzeitlich unterbrochenen Zukunftspläne können sie nun verwirklichen.

Laut Philippine Overseas Employment Administration (POEA) waren im Jahr 2005 7.768 philippinische Krankenschwestern im Ausland beschäftigt. Philippinische Krankenschwestern im Ausland haben sich aufgrund ihrer Rücküberweisungen zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Für den Jahrgang 2006 sind die Empfehlungsschreiben für Tausende der angehenden Krankenschwestern aufgrund des Skandals überschattet worden.

vgl. PDI, 07.10., Arab News, 13.10., PDI 28.10.06

## Japanisch-philippinischer Handelsvertrag

Präsidentin Arroyo und Japans Premierminister Koizumi haben am 9. September während des Asiatisch-Europäischen Gipfeltreffens in Helsinki das Japan-Philippines Economic Partnership Agreement (JPEPA) unterzeichnet. In Folge war es zu massiven Protesten an dem Freihandelsabkommen gekommen, da das Vertragswerk die zollfreie Einfuhr von japanischen Müllexporten, leichteren Einreisebedingungen für Krankenpflegepersonal nach Japan und die Öffnung philippinischer Meeresgebiete für die japanische Fischereiwirtschaft vorsieht. Der Text, nachdem »Krankenschwestern gegen Sondermüll« (PDI 25.10.) gehandelt werden sollen, wurde von Umweltorganisationen

als skandalös bezeichnet. Nach Angaben des Senats habe es vor der Unterzeichnung keine Konsultationen gegeben. Der Senat muss dem Handelsabkommen zustimmen, bevor es umgesetzt werden kann. Es wird zur Zeit vom Senat überprüft.

Bereits heute ist das Land mit jährlich 2,5 Millionen Tonnen inländischem Sondermüll, sowie mit einer Unmenge jährlicher an Haushaltsabfälle überfordert. Eine nennenswerte Recyclingindustrie ist zudem nicht vorhanden. Darüber hinaus hinterlässt der Exodus von Krankenpflegepersonal in Länder des globalen Nordens gravierende Lücken im Gesundheitssystem des Landes.

vgl. PDI 25.10., PDI 07.11.

nachrichten

## Friedensverhandlungen in der Sackgasse

Bombenanschläge in Makilala, Tacurong und Cotabato, sowie die Unfähigkeit der Konfliktparteien eine Einigung in der strittigen Frage der angestammten Gebiete zu erzielen, haben die Friedensverhandlungen zwischen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) und der Regierung in eine Sackgasse gebracht. Unklarheit bestand über die Hintergründe der Bombenanschläge, was wiederum spekulative Stellungnahmen von beiden Seiten provozierte. Während beide Seiten die Anschläge verurteilten, warf der Gouverneur der Provinz North Cotabato, Emmanuel Pinol, der MILF Komplizenschaft an den Anschlägen vor. In Folge dessen wurde der MILF-Vorsitzende Al Hajj Murad Ebrahim verklagt. Die MILF wies die Vorwürfe weit von sich und machte ihrerseits auf eine mögliche Verbindung zwischen einem der Verdächtigten und dem Staatssekretär im Präsidentenpalast Eduardo Ermita aufmerksam.

Vorausgegangen waren gescheiterte Gespräche über die für die Friedensverhandlungen zent-

rale Frage der angestammten Gebiete während der vorläufigen Friedensgespräche in Malaysia Anfang September. Seither befinden sich die Friedensverhandlungen in einer Sackgasse.

Sowohl Justizminister Gonzales, als auch der mit den Friedensverhandlungen beauftragte Staatssekretär Jesus Dureza, sowie der Bürgermeister von Davao haben in Gesprächen mit Vertretern der Zivilgesellschaft deutlich gemacht, dass Ebrahim nicht hinter den Bombenanschlägen stecke. Seitens der Regierung wurde mittlerweile ein neues, verbessertes Angebot vorgelegt.

Weiterhin wird die Situation in Zentralmindanao von Scharmützeln in Sharif Aguak zwischen der MILF und der Armee überschattet. Zwar wurde das beteiligte Bataillon der Armee abgelöst, jedoch wächst die Sorge unter der Bevölkerung und Zivilgesellschaft vor einem weiteren Krieg in Mindanao.

vgl. Mindanews 15.09., Mindanews 12.10., IID 31.11.

## Melo-Kommission untersucht politische Morde

Eine neu eingesetzte Kommission unter der Führung des ehemaligen Mitglieds des Obersten Gerichtshofes Jose Melo hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll den massiven Zuwachs an politischen Morden an Aktivisten und Journalisten in den letzten Jahren untersuchen. Die von der Präsidentin einberufene Kommission soll als »einzige Stimme in Bezug auf Morde an Journalisten und Aktivisten (...) der Präsidentin berichten und politische Vorschläge entwickeln, inklusive legislativer und strafgesetzlicher Vorschläge, welche die Ursachen außergesetzlicher Morde aufheben und diese Spirale der Gewalt ein für alle Mal beenden.« (phil. Botschaft Berlin, 17.10.)

Menschenrechtsorganisationen setzen wenig Hoffnung in die Kommission. Bereits zu Beginn wurde ein Vorschlag von Amnesty International (AI) abgelehnt, Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen als unabhängige Mitglieder in die Kommission zu berufen. AI forderte ebenso, Informationen aus zivilgesellschaftlichen Kreisen, von den betroffenen Familien und von Menschenrechtsbeobachtern der Vereinten Nationen mit zu berücksichtigen. Linksradikale Organisationen halten die Kommission für einen weiteren Versuch der Regierung, sich des Themas der politischen Morde zu entziehen, ohne dafür die Verantwortung übernehmen zu müssen.

vgl. Phil. Botschaft, 17.10., PDI 15.09.

## Starke Verwüstungen durch Milenyo

Ende September richtete der Taifun Milenyo, mittlerweile der 13. dieser Saison und verheerendster seit zehn Jahren, schwere Verwüstungen in den Zentral-Philippinen an: Infolge schwerer Überschwemmungen nach Dammbürchen, Stromschlägen, umgefallenen Bäumen und Reklametafeln starben mehr als 200 Menschen. Hunderte weitere Menschen wurden verletzt, zahlreiche galten als vermisst. Millionen Menschen waren ohne Strom, Tausende ohne Wasser.

Der Taifun mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 210 km/h entwickelte sich innerhalb 36 Stunden aus einem Tiefdruckgebiet über dem West-Pazifik.

Trotz modernster Satellitenüberwachung und internationaler Zusammenarbeit bei der Sturmvorhersage ist die Bevölkerung von der Stärke des Taifuns vollkommen überrascht worden. Vereinzelt wurde das philippinische Krisenmanagement kritisiert und als unorganisiert bezeichnet: Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen seien ungeachtet häufiger Erfahrungen mit Naturkatastrophen nicht im ausreichendem Maße getroffen worden.

Diejenigen, die es sich leisten können, fanden Zuflucht in Manilas Hotels. Andere verbrachten ihre Zeit zunächst in Shoppingmalls. Ein Großteil der philippinischen Bevölkerung musste jedoch in der brütenden Hitze mit Dengue-Fieber übertragenden Mücken verharren. Während die Stromversorgung in Manila innerhalb weniger Tage weitestgehend wiederhergestellt war, mussten Provinzen in Bicol noch bis zu drei Wochen warten. Die USA sicherten 100.000 US-Dollar für Nothilfe-maßnahmen zu. Die Präsidentin versprach den Betroffenen zudem Unterstützung der Regierung für den Wiederaufbau der Häuser.

vgl. philippinenbüro e.V. 04.10.